

Thomas Meyer

Zwischenruf: Lobbyisten-Republik Deutschland?

Die Atomlobby und die Bundesregierung

Thomas Meyer



(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im *VS Verlag* erschienen: *Was ist Demokratie?* und *Soziale Demokratie. Eine Einführung*.

thomas.meyer@fes.de

Sind wir etwa doch auf dem Weg in eine Post-Demokratie, wo das Volk denkt und die Wirtschafts-Lobby lenkt? Die selbstgefällige Anzeigen-Kampagne der Energiewirtschaft für die überaus profitable Laufzeitverlängerung ihrer Atommeiler gegen eine Zweidrittelmehrheit in der Gesellschaft, und ohne Klärung der lebenswichtigen Endlagerfrage, Interessenpolitik pur also, nährt den Verdacht, denn die Bundesregierung ist eingeknickt.

Dass Wirtschaftslobbyisten das Geld für die Einflussnahmen zugunsten einer ihnen genehmen Politik in Strömen fließen lassen können, überrascht uns nicht. Dass es diese Zwecke dann am Ende immer wieder erreicht, haben wir lernen müssen. Erstrebt werden diesmal Nettogewinne von rund 50 Mrd. Euro durch das Weiterleben einer für alle riskanten Technologie. Nicht die Rede ist in den irreführenden Anzeigen, von irgendeiner Werbeagentur wie das lauterste Allgemeininteresse drapiert, davon, dass die längst abgeschriebenen Atommeiler einst nur mit üppigen Steuermillionen überhaupt betriebsfähig werden konnten. Genauso wenig wie davon, dass die große Mehrheit der Bürger dieses Landes den Ausstieg will.

Die Anzeigen waren aber nur der sichtbare Teil dieses Eisberges. Die Lobby ist nämlich, wie beim Wettlauf von Hase und Igel, innerhalb der Regierungsparteien

längst angekommen und konnte zögerliche Minister in die Zange nehmen. Und das ist das eigentliche Thema. Der Bundestagsabgeordnete Marco Bülow hat diese Wahrheit jüngst aus eigenem Erleben in mehreren Gesetzgebungsverfahren des Bundestages eindrucksvoll zu Protokoll gegeben.

Man könnte folglich den Urhebern der laufenden Anzeigenkampagne fast dankbar sein, weist ihre Fährte doch wider Willen, so die ironische Pointe, auf eine aktuelle Demokratiegefährdung hin, die Tag für Tag im Stillen, mit Millionensummen und Tausenden von professionellen Agenten auf den Fersen von Ministern und Abgeordneten, den Volkswillen umzulenken versuchen in eine für ihre jeweiligen Auftraggeber profitable Richtung. Die Lobbyisten regieren mit, unsichtbar für uns und eben darum so erfolgreich.

In Berlin sind mehr als 1.780 Interessenverbände beim Bundestag offiziell registriert mit über 5.000 hoch spezialisierten Einflüsterern, zusätzlich zu den zahlreichen bezahlten Interessenvertretern der Industrie unter den Abgeordneten selbst. Die Bertelsmann-Stiftung bildet unter dem Deckmantel der wissenschaftlichen Politikberatung die allgegenwärtige Speerspitze dieser Unterwerfung der Politik unter wirtschaftliche Interessen. Und soeben hat die Pharma-Lobby dem Gesundheitsminister einen Gesetzesentwurf diktiert.

Vor Kurzem erreichte uns der Hilferuf einer großen Gruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus fast allen Parteien, sie könnten sich der Übermacht der Lobbyisten beim Versuch, das Bank- und Geldwesen zu regulieren, nicht mehr erwehren. Wir sollten sie erhören und das Recht der Gesellschaft, sich selbst zu regieren, mit Nachdruck einfordern.